

## ANALYSE DER LEISTUNGEN DES STAATES

**Am 6. März 2006 führte der Staatsrat eine Sitzung zur Lancierung des Projekts APE durch. Die erste Projektphase sollte Ende 2008 abgeschlossen sein, aber erste Einschätzungen deuten darauf hin, dass die Dienststellen Mühe haben, die vom Staatsrat gesteckten Ziele zu erreichen.**

### **APE: Ein Projekt unter vielen?**

Das APE-Projekt wurde mit dem Ziel lanciert, die Funktionsweise der kantonalen Verwaltung zu verbessern. Gemäss dem vom Staatsrat festgelegten Verfahren wird jede Dienststelle angehört. Sie muss zudem einen Leistungskatalog erarbeiten und Sparvorschläge formulieren, damit Ressourcen für neue Aufgaben frei werden. Jede Dienststelle muss die folgende Frage beantworten: "Wenn Sie auf 10% Ihrer Dienstleistungen verzichten müssten, welche würden Sie als erste streichen?" Die von einer Projektgruppe unter der Leitung des Amts für Personal und Organisation POA angehörten Dienste müssen demnach einen Leistungskatalog zusammenstellen und eine Liste mit Streichungsvorschlägen abgeben. Die Leistungskataloge werden von der betreffenden Direktion überprüft, welche auch gewisse Streichungsvorschläge zurückziehen kann. In der Folge wird die Dokumentation dem Steuerungsausschuss übermittelt, der die Durchführbarkeit der Vorschläge beurteilt, bevor die Angelegenheit an den Staatsrat geht. Der Steuerungsausschuss überwacht zudem den gesamthaften Projektverlauf. Er nimmt aber nicht inhaltlich Stellung zu den Vorschlägen.

### **Unterschiedliche Qualität der Vorschläge**

Im Steuerungsausschuss wird die FEDE durch ihren Präsidenten Bernard Fragnière vertreten. Seit kurzem steht das Projekt in der Etappe 7. Die Anhörung und die Erarbeitung der Leistungskataloge und Vorschläge sollten Ende Jahr abgeschlossen sein.

Eine Bilanz der ersten Projektphase zeigt, dass nur wenige Dienststellen das Sparziel von 10% der Aufgaben erreichen. Zudem erstaunen manche Sparvorschläge, da sie die Kerntätigkeit des betreffenden Dienstes berühren und daher kaum durchzuführen sind. Gewisse Dienste freuen sich über die Bestätigung, dass sie nichts oder fast nichts Unnötiges tun. Wieder andere vermeiden es, umstrittene Vorschläge zu unterbreiten.

### **Wie sieht es mit der Beteiligung des Personals aus?**

Verständlicherweise stört sich das Personal an allfälligen Stellenstreichungen im Fall der Abschaffung gewisser Aufgabenbereiche. Die Beteiligung des Personals ist daher ein Kernelement für den Erfolg des Projekts. Aus diesem Grund möchte die FEDE die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konsultieren, um deren Beteiligung am Projekt einschätzen zu können und Meinungen zu sammeln. Eine entsprechende Einladung wird in nächster Zeit verschickt.

***Die Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg (FEDE) wurde 1947 gegründet und umfasst beinahe alle Gewerkschaften und Personalverbände des Kantons Freiburg. Sie ist die Ansprechpartnerin des Staatsrats bei allen Fragen, die das Personal betreffen, insbesondere im Bereich der Arbeitsbedingungen und der Löhne.***

## **AKTUELL**

### **Entschädigungen**

Die FEDE setzt sich dafür ein, dass die Entschädigungen für das Personal zwei Kriterien erfüllen: Dass sie erstens die effektiven Kosten decken (beispielsweise die Essensentschädigung) und zweitens eine faire Kompensation der Unannehmlichkeiten im Dienst darstellen (beispielsweise für Pikettdienst).

Zunächst hat die FEDE Schritte unternommen, um eine vollständige Liste aller Entschädigungen im Staatsdienst zu erhalten. Auf dieser Grundlage wurde dann in Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation POA die rechtliche Grundlage dieser Entschädigungen kontrolliert. Zudem wurde überprüft, ob die Höhe der Entschädigungen in allen Dienststellen gleich ist.

In einer zweiten Phase hat die FEDE Verhandlungen für die Erhöhung einzelner Entschädigungen aufgenommen. Die Delegation des Staatsrats für Personalfragen hat POA und FEDE mit der Erarbeitung eines Forderungskatalogs beauftragt. Es wurde eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung beider Stellen geschaffen. Die Mitgliederverbände der FEDE wurden gebeten, die Anliegen des Personals für den Forderungskatalog weiterzuleiten. Am meisten genannt wird der Wunsch nach einer Erhöhung der Entschädigung für Pikettdienst und der Kilometerentschädigung (wegen der gestiegenen Benzinpreise). Zudem fordern Beschäftigte mit unregelmässigen Arbeitszeiten höhere Zeitgutschriften für Präsenzdienst und für Nacharbeit.

Die FEDE möchte noch im ersten Semester 2008 entsprechende Forderungen deponieren.

Gewisse Entschädigungen wurden gemäss Artikel 132 des Reglements über das Staatspersonal der Teuerung angepasst. Einzelheiten finden sich auf der Webseite der FEDE, siehe Verordnung Nr. 2007\_145 vom 18. Dezember 2007 über die erhöhten Entschädigungen (Link: [http://www.fede.ch/arretes/index\\_arretes.htm](http://www.fede.ch/arretes/index_arretes.htm)).

### **Pensionskasse**

Die Verordnung Nr. 2006\_051 vom 27. Juni 2006 über die Förderung der freiwilligen Pensionierung des Staatspersonals läuft Ende 2008 aus. Diese Verordnung regelt die Bedingungen für die Frühpensionierung ab 60 Jahre für das Staatspersonal. Im Gegensatz zu früheren Fassungen wurde diesmal die Geltungsdauer der Verordnung auf zwei statt auf drei Jahre festgelegt. Der Staatsrat wollte ursprünglich das neue Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals per 1. Januar 2009 in Kraft setzen. Dieses Gesetz wird die Modalitäten der Frühpensionierung definitiv regeln. Jedoch sieht es so auch, dass sich das Gesetz verzögern wird, da für die Gesetzgebung auf Bundesebene ebenfalls eine Revision läuft. Der Staatsrat hat aber zugesagt, die aktuellen Bedingungen für die Frühpensionierung bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes beizubehalten.

### **Arbeitszeitverkürzung**

Die Verhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung haben begonnen. Das Diskussionsklima ist konstruktiv und der Staatsrat zeigt sich offen für die Anliegen des Personals. Ein Vorentwurf soll der FEDE Anfang April unterbreitet werden. Staatsrat und FEDE haben sich zum Ziel gesetzt, die Verhandlungen Ende Juni abzuschliessen, damit das Personal vor der Sommerpause über die Verhandlungsergebnisse informiert werden kann.